

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig
Raben & Comp., Nr. 20018.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobahn monatlich 4.50 M., durch die Post vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Ein Jahrgang 25 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftstages von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelbste Kastenzeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 9 gelbste Kastenzeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Erhöhung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Keine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeliebten Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 102

Dresden, Mittwoch den 5. Mai 1920

31. Jahrg.

Scheidemann auf der Reichskonferenz

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 5. Mai. Im Sitzungssaal des Reichstags begann heute die an Stelle einer Parteitagung einberufene Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei. An derselben nahmen teil der Parteivorstand, der Parteiausschuss, die Vertreter der Parteipresse und die Vertreter der Bezirksorganisationen. Ferner in großer Zahl die Mitglieder der Fraktion der Reichsversammlung. Unter den Teilnehmern, deren Zahl etwa 100 ausmachte, bemerkte man zahlreiche Regierungsmitglieder. Zunächst eröffnete im Auftrag des Parteivorstandes in Vertretung der Partei ein Mitglied der Fraktion der Reichsversammlung Otto Weis die Reichskonferenz. Unter den Teilnehmern, deren Zahl etwa 100 ausmachte, bemerkte man zahlreiche Regierungsmitglieder. Zunächst eröffnete im Auftrag des Parteivorstandes in Vertretung der Partei ein Mitglied der Fraktion der Reichsversammlung Otto Weis die Reichskonferenz. Unter den Teilnehmern, deren Zahl etwa 100 ausmachte, bemerkte man zahlreiche Regierungsmitglieder. Zunächst eröffnete im Auftrag des Parteivorstandes in Vertretung der Partei ein Mitglied der Fraktion der Reichsversammlung Otto Weis die Reichskonferenz.

Reichskonferenz, sondern eine rein sozialistische Regierung an. Freilich, auch die sozialistische Regierung ist kein unfehlbarer Fels und sie ist kein Weibchenmann, der einen Sadoll guten Dinge mitbringt. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Wir überlassen es getrost andern, mit Wahlbewegungen den Wählern geliebte Dinge zu versprechen. (Sehr wahr!) Aufschluß erklären wir: Nur durch die eigene Kraft und durch eigene Weisheit, durch Überwindung zahlloser Schwierigkeiten und eigener Mühe kann die Arbeiterklasse zum Ziele gelangen. Wir versprechen nicht mit der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ein Paradies. Die Sozialdemokratie kann nicht mit einem Schlag die sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen.

Nach Scheidemanns Referat begann die Debatte. Als erster sprach Kroll und bekräftigte seine Politik. Kroll betonte, daß Scheidemann nicht mehr sein. Wenn man aus einem Knie hinaustritt, so ist man nicht mehr Knie, sondern ein Mann. (Sehr wahr!) Die Reichskonferenz hat immer noch unentschieden. Das zeigt doch, wie schwierig die Verhältnisse sich gehalten hätten. Er vertritt eine sachliche Politik, aber verhalten muß er sich gegen die Verleumdung, zu denen ein Teil seiner Gegner auch innerhalb seiner Partei herangezogen sei. Er wendet sich vor allem gegen die Partei-Genossen. Seine Rede löste teils Beifall, teils heftigen Widerspruch aus. Nach Kroll sprachen andre Debatteführer, die sich mit dem Referat der Reichskonferenzpolitik auseinandersetzten.

Das Regierungsprogramm des sächsischen Ministerpräsidenten Bud

Dresden, 5. Mai 1920.

Die heutige Volkstammerung wurde vom Ministerpräsidenten mit folgender Ansprache eröffnet:

Nach der am 4. Mai durch die Volkstammerung vollzogenen Wahl des Ministerpräsidenten habe ich auf Grund der Bestimmung im § 12 des sächsischen Grundgesetzes für den Reichstag Sachsen die Verpflichtung zur Berufung meiner Mitarbeiter für das Gesamtministerium erfüllt. Die Herren Dr. Harnisch, Goldt, Kühn, Dr. Reinhold, Schwarz und Dr. Schertz haben sich mich hinsichtlich der Arbeit, die ihnen obliegt, in der sächsischen Regierung zu übernehmen resp. weiterzuführen.

Zu meinem Stellvertreter habe ich den Minister des Innern, Herrn Kühn, bestimmt.

Durch die Berufung der benannten Herren ist, wie wohl auch nicht anders erwartet wurde, an der seit Oktober 1919 geschaffenen Koalitionspolitik festgehalten und der Wille bekräftigt, die Arbeit zwischen Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam fortzuführen.

Ich werde im Bewußtsein der Schwere der übernommenen Verpflichtung den Versuch machen, den Forderungen der Zeit und den berechtigten und realisierbaren Forderungen meiner Volksgenossen gerecht zu werden, sie in gemeinsamer Beratung mit meinen Ministerkollegen vorzubereiten und mit Ihnen, meine Damen und Herren, zu vollenden und durchzuführen.

Zu dieser Durchführung ist aber auch bei verständnisvoller Mitarbeit aller unserer Volksgenossen im Lande notwendig. Die sieben Männer der Regierung können von dem besten Willen befehle sein und den eifrigsten Fleiß entfalten, ihre Arbeit bleibt wirkungslos, wenn nicht die Volkstammerung und die Volksgenossen den Willen in die Tat umsetzen und den toten Buchstaben der Gesetze und Verordnungen Leben und Geist geben.

Ich richte daher den Appell zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind und gleich der Regierung den Fleiß haben, die uns durch den Weltkrieg hinterlassene Lebensnot, so weit es Menschenvermögen, abzulösen.

Zu ist die Erkenntnis nötig, daß zu der Titanenarbeit der Neuauflage der zusammengebrochenen Wirtschaft außer der Hilfe der ganzen Gesellschaft die einzelnen auch das Opfer von Geduld und Mühsal einbringen werden muß, das allein die Sicherheit des gewünschten Erfolges verbürgt.

An der Rede des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer vom 20. März 1919 in der Volkstammerung wird Bezug genommen auf den Ruf der Volkstammerung an das sächsische Volk vom 18. November 1918. Zu dem Inhalt dieser Rede befinne ich mich nach wie vor, er wird auch während meiner nunmehr aufgenommenen Tätigkeit nicht ändern und Programm sein, daß als solches nicht im Widerspruch mit den Grundanschauungen der deutschen Demokratie steht, und auch übereinstimmt mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten in der Volkstammerung am 8. Oktober 1919.

Eine gewaltige Arbeit

Ist in politischer Beziehung in den letzten 18 Monaten geleistet, das erkenne ich an, dankbar der Mühe gedanken, die bisher in der sächsischen Regierung mit großem Fleiß versucht haben, alle Schwierigkeiten in unserm Vaterland, unter den harten Bedingungen des Friedensvertrages am meisten mit leidenden Vaterland zu überwinden.

Wenn Ehrlichkeit und Leidenschaftlichkeit, die Folgen von Not, Entbehrungen und zusammengekauften Hoffnungen, gemildert oder gar beseitigt sein werden, und diese Zeit, das hoffe ich zureichend, wird bald kommen, wird die anstrengende Arbeit von den Ministern Dr. Gradnauer und Mühsal eine dauernde Würdigung erfahren.

Eine große gewaltige Arbeit ist auch des Geldhaffens noch zu leisten. Tausen Sie alle dazu bei, daß es unter gemeinsamen Tätigkeit gelingt, sie ohne weitere Erschütterungen unsern wirtschaftlichen Lebens zu verflüchten.

Nach die von meinen Genossenschaftsfreunden aufgestellten fünf Punkte,

die als Forderung der sächsischen Regierung unterbreitet sind, will ich heute folgendes bemerken:

Der Punkt 1 ist durch den Rücktritt des Generals Raeder erledigt. Die Erfüllung anderer Punkte ist von der Reichsregierung oder der sächsischen Regierung in Aussicht genommen und, soweit es noch nicht geschehen, soll in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit der Erfüllung näher getreten und im Geiste der neuen Zeit vollendet werden. In dem Inhalt des Punktes 2 habe ich mich in Weichen meinen Parteifreunden ausgesprochen; ich will auch hier und nun

offiziell erklären, daß ich als für mich maßgebende Kriterien nur anerkenne die Reichsverfassung und das dortige Grundgesetz für den Reichstag Sachsen, die Nationalversammlung respektive den Reichstag und die Volkstammerung. (Bravo-Rufe.)

Eine andre Regierung erkenne ich nicht an,

daher auch nicht das Recht des Mitregierens der Reichs- oder Reichsausschüsse der Arbeiter- oder Bürgerräte, die nicht das Recht haben, mitbestimmen neben oder über der Regierung und der Volkstammerung in die Verwaltung und Regierungstätigkeit einzugreifen. (Bravo-Rufe bei den bürgerlichen Parteien.) Die gelegentlich vorkommenden Versprechungen der Willen des sächsischen Volkes, niemand anders, keine andre Körperschaft. Damit bekenne ich mich als Gegner jedes Terror, jeder Gewalttätigkeit. Ich werde die ständige Überzeugung eines jeden Sachsen respektieren und achten, wenn sie offen und risikolos zum Ausdruck gebracht wird, selbst wenn dieser Ausdruck temperamentvoll und leidenschaftlich erfolgt.

Zu dem gegenseitigen Glauben und Vertrauen in Offenheit und Redlichkeit unbedingte Voraussetzung, ich verpöche, mit unbedingter Offenheit und Redlichkeit meine Tätigkeit zu betreiben und fortzuführen, nicht schon zu fürchten, nicht Schwärzer zu malen als es ist; die laudbare Leistung, die noch Tausende brüderliche Arbeitslosigkeit, die Not von Tausenden von Krieg- und Unfalls-Verletzten, von Kriegswitwen und -waisen, die Summe zusammengebrochener Hoffnungen, Leid in Hülle und Fülle, die der beste Wille nicht in kurzer Zeit beseitigen kann, liegen wie ein Bergeschild lächelnd auf jeder Tätigkeit.

Eine Witterung des Stills

Kann schneller eintreten, wenn bei unserm fegefeindlichen Wagnern die Erkenntnis Rehercherin der dortigen Gefühle wird, daß das deutsche Volk, daß das Sachsenvolk, der Weltgeschichte lassen will, was diese mit Macht gefordert, daß wir das schwebende, unversinkende Volk in der sächsischen Welt der Welt sind und bleiben wollen, daß als das höchste und wertvollste die Erhaltung und Pflege der Freundschaft mit allen Völkern, speziell auch mit unserm sächsischen Nachbarn, erzieht will und wird.

Selbst Sie, meine Damen und Herren, mit dieses Ziel zu erreichen, an dem guten Willen der Regierung soll es nicht mangeln. Bringen Sie uns aus dem ganzen Hause das Vertrauen entgegen, daß ich Ihnen heute von der Regierung entgegenbringe, dann wird uns die Erfüllung unserer gemeinsamen Arbeit trotz aller Schwierigkeiten der politischen Meinungen und der schiedlichen, leidenschaftlichen Kampfes gelingen. Vollendung des Aufbaues unser Vaterlandes, solange es als Freiheit, als Glied der deutschen Republik besteht, zu einem modernen Volkstaat, getragen und getragen vom Geiste der Volksgemeinschaft, der Demokratie und des Sozialismus. (Bravo!)

Sie wollen keine Einheitsfront

Die Fraktion macht verstellte Koalitionengungen. Mit allen Mitteln wird sie versuchen, der neu gewonnenen Freiheit des deutschen Volkes ein Grab zu graben. Da wäre es wahrhaftig dringend notwendig, daß die Selbstzerfleischung innerhalb der Reihen der Arbeiterklasse aufhöre. Wenn auch eine Verschärfung der sozialistischen Parteien heute noch nicht möglich ist, so müssen wir Sozialisten unter uns möglichst Waffenruhe halten. Keine Partei aber im unbedingten Lager nicht alljährig Reizung dazu vorhanden zu sein. In einem Ruf des gescheiterten Aufstandes des Reichstages Berlin-Brandenburg der U. S. P. Deutschlands heißt es:

Nur ein Monat trennt uns von dem Wahls. Er entscheidet über nicht das Schicksal des Reichstages, aber er ist eine Scheinwahl, sture und gründliche Ausschüttung mit allen Konsequenzen, Scheinwahl und Scheinwahl mit Scheinwahl und allen andern Platten in den Reichstag zu halten. Er muß eine Entscheidung werden für den Sozialismus, für den Willen der Partei, die die U. S. P. des Reichstages, und nach allem, daß der Wille zum Sozialismus die wertvollsten Ergebnisse in Stadt und Land erlöst hat und den entscheidenden Sieg des Sozialismus anläßt.

Wils be gegannenen Scheinwahl, wie uns die U. S. P. heute nennen, werden heute mit dem neuen Reichstag des Reichstages in einem Teufelskreis, und es wird weiter davon sprechen, den Reichstag zu einer Scheinwahl für den Willen der Partei, die die U. S. P. des Reichstages, und nach allem, daß der Wille zum Sozialismus die wertvollsten Ergebnisse in Stadt und Land erlöst hat und den entscheidenden Sieg des Sozialismus anläßt.

Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen

Einleitende Referat hielt Philipp Scheidemann über Reichstagswahlen.

Auf dem letzten Parteitag in Würzburg, ein Jahr vor dem Wahls, haben wir uns noch gegenüber den großen und kleinen Gefahren von Ostregenen und dem Militarismus, Scheinfronten, allen Schicksal, die uns den herrlichsten Seiten entgegenstellen wollten. Wir haben schon damals klarer als alle andern, zusammen mußte. Redner nimmt Bezug auf seine damaligen Ausführungen. So dachte die ganze Partei schon von 2 1/2 Jahren zu trennen wir nicht ganz ohne geistige Vorbereitungen an die schweren Aufgaben des Herbstes 1918 heran. Die Dinge haben freilich sich schnell und gewaltig, als wir voraussehen konnten. Die Schuld an allem, was das Volk gelitten hat und noch leidet, trifft die, die es so in die Wirnis hineingeworfen haben. (Lebhaft Beifall.) Wir erleben noch eine Enttäuschung. Unter Leitung von der Einheitsfront schien am 9. November in Erfüllung zu gehen Sie ist aber an Widerstande der Linken gescheitert. Die Linken unabhängigen und Kommunisten haben in ihrer Arbeit den reaktionären Offizieren einen der völlig verlorenen Macht zurückgegeben ohne Januar-Revolution 1919 sein Märzputsch 1920.

Ohne Rebebour kein Lützmis (Lebhaft Zustimmung.) Unter Redner begann erst später. Sobald die die im Lande wieder einigermaßen hergestellt war, hätten wir Reichstags- und die politischen Verhältnisse gründlich säubern können. Statt dessen haben wir und durch Fiebermanns, unteren einlassen lassen, und Terror, der uns in den Rücken war unter Lohn. (Zustimmung.)

Die Sozialdemokratie konnte sich, da die Wahlen sozialistische Mehrheit gebracht hätten, von der Regierung nicht fernhalten, wenn sie nicht der Redner, der existenziellen der Republik, die Macht aufheben wollte. Ich bin kein Redner der Koalition. Würden nur die Wähler den kommenden Wahlen durch ihre Entscheidung über Koalition klüßlich machen. Aber ohne Koalition hätte die Republik ihre gefährlichsten Momente nicht überlebt. Grundständig und mit verfassungsmäßigen Mitteln geben wir natürlich nicht eine